Sekundärmarkt - Ausstieg der Banken aus der "Schuldenfalle"?

Autor(en): **Wyrsch, Mark**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft [2]: **Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital**

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652620

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

vatwirtschaft fördern und dem öffentlichen Sektor Lasten auferlegen. Oder auch, indem die einzelnen Wirtschaftsblocks die Entwicklungsländer, die zu ihrem Einflussbereich zählen, bevorzugt behandeln; Japan entschuldet Indonesien, oder die USA entschulden Mexiko. In den Entwicklungsländern selbst hätte all das vor allem Auswirkungen auf die vermögensbesitzenden Bevölkerungsschichten und weniger auf die Armen, deren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht im monetären Bereich, sondern hauptsächlich in der Realwirtschaft stattfindet, wo grosse Bereiche der Subsistenzproduktion und des Warentausches ausserhalb der kapitalistischen Geldwirtschaft liegen.

*) Mehr dazu s. G. Trepp: Casino-Kapitalismus International I/II, in: Widerspruch 13/87, 14/87.

Mark Wyrsch

Sekundärmarkt – Ausstieg der Banken aus der „Schuldenfalle"?

Während in entwicklungspolitischen Kreisen ein heftiger Streit um die „kreative Entschuldung" im Gang ist, haben die Banken schon vor einigen Jahren auf ihre Art mit der „Entschuldung" begonnen. Spätestens 1982, als Mexiko mit einer (vorübergehenden) Einstellung des Schuldendienstes die Krise „auslöste", wurde klar, dass die Trikontländer auf einem gigantischen Schuldenberg sitzen, dem aber keine entsprechende Produktivsubstanz entgegenstand, welche es ermöglicht hätte, diesen Schuldenberg wieder abzutragen. Eine „Lösung" ist nur möglich, wenn mindestens ein Teil der Schulden abgeschrieben wird. Das ist heute auch den Banken klar. Das internationale Finanzsystem versucht sich nun mit einer Doppelstrategie zu retten. Während der IWF mit seinen „Anpassungsprogrammen" noch soviel Geld wie möglich aus diesen Ländern herauspresst, beginnen die Banken mit einer „marktkonformen Lösung" die Schulden zu reduzieren. Zu Beginn haben sie sich untereinander die Schuldscheine verkauft, um die Risiken breiter zu streuen. Schon bald aber begannen sie, diese Schuldtitel auf dem Sekundärmarkt auch an Multis und andere Interessierte zu verhöckern (v.a. debt for equity). Damit wird versucht, einen direkten Zugriff auf die Wirtschaft der (hochverschuldeten) Trikontstaaten zu erhalten und die Ausbeutung auf dieser Ebene fortzuführen.

Vorerst einige Zahlen zur Struktur der Schulden:

- Von den Ende 1986 von Trikontländern total geschuldeten 1,2 Billionen Dollar entfallen 46% auf Bankkredite, 32% auf Regierungskredite, 15% auf Kredite internationaler Institutionen und 7% auf von Regierungen ga-

rantierte Bankkredite.
- Von den total 620 Mrd. Dollar, welche die Banken (Ende 1986) ausstehend hatten, entfallen 40% auf Lateinamerika, 11% auf Nordafrika/Naher Osten, 16% auf Asien, 5% auf Afrika, 5% auf Europa und 23% auf andere (Quelle: Nederlandsche Middenstandsbank, NMB).
- Von 1982-88 haben die Länder Lateinamerikas nach Angaben der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) total 183,5 Mrd. Dollar als Nettokapitalexporteure an den Norden bezahlt!

1. Asset Trading (Guthaben-Handel)

Die „Schuldensanierungspolitik" des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat sozialpolitisch ein Mass erreicht, das gefährlich wird. Parallel zum IWF haben deshalb die Banken im Rahmen einer Doppelstrategie nach „Lösungen" gesucht. So begannen sie ab Winter 1983 Schuldentitel auf dem Sekundärmarkt zu handeln (Asset Trading).

Der Sekundärmarkt ist eine Art Börse, an der die Banken ihre Schuldpapiere mit einem Abschlag verkaufen. Dieser beträgt heute im Durchschnitt aller Trikontländer ca. 50% . Die v.a. seit 1982 intensivierten Rückstellungen auf Problemkredite erlaubten es den Banken, in immer grösserem Umfang ihre schlechten Papiere über den Sekundärmarkt abzustossen. Diese Entwicklung wurde auch durch die Angst der Banken vor weiteren „Neugeldübungen" (Blum, Generaldirektor des Schweizerischen Bankvereins, Interview im Tagesanzeiger vom 8.4.1988) verstärkt. Denn bei Umschuldungsaktionen (z.B. beim gescheiterten „Bakerplan"), sollten die Banken jeweils neue Kredite zur Verfügung stellen. Der Trend in Richtung Ausstieg aus dem „Schuldengeschäft" ist unübersehbar. Der Sekundärmarkt ist dafür eine Möglichkeit.

Zuerst spielte dieser Sekundärmarkt nur zwischen den Banken. Sie verkauften sich gegenseitig „unsichere" Schuldpapiere mit einem Preisabschlag, um so ihre Risiken besser zu verteilen. In den letzten zwei Jahren weitete sich der Sekundärmarkt dann aber stark aus. Heute spricht man von einem eigentlichen Marktsegment, dem „Asset trading" (Guthaben-Handel). Das führte dazu, dass 1987 bereits Schuldentitel von Trikontländern im Wert von gegen 20 Mrd. Dollar mit einem Durchschnittswert von ca. 55% des Nominalwerts gehandelt wurden. Alleine die NMB verzeichnete als Europaleader einen „Umsatz" von 3,4 Mrd. Dollar.

Die Regierungen der Trikontländer dürfen jedoch in der Regel nicht direkt am Sekundärmarkt ihre Schuldtitel zurückkaufen. (Im Fall Boliviens war dies aber via IWF indirekt möglich.)

Der Preisabschlag wird vom „Markt" bestimmt. Regelmässigkeit der Zinszahlungen, ein Abkommen mit dem IWF, der allgemeine wirtschaftliche Zustand des Landes, die Stabilität der Regierung u.a. Faktoren bestimmen die Grösse dieses Abschlags. Das hat zur Folge, dass die Schulden von (vermeintlich?) fest im Sattel sitzenden Diktaturen wie Chile und die Türkei als relativ sicher eingestuft werden. Bei Nicaragua wird noch ein kosmeti-

scher Wert von ca. 5% eingesetzt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

In % des Nominalwerts

Argentinien 22,5	Bolivien 11	Brasilien 46,5	Chile 60
Costa Rica 12	Mexiko 46,5	Nicaragua 5,5	Peru 6
			Stand: August 1988
Polen 44	Rumänien 83	Türkei 95!	Angola 9
Ägypten 42	Kenia 94	Moçambique 12	Sudan 4
Südafrika 70	Zimbabwe 90	Philippinen 53	
			Stand: Mai 1988

Hinter dem „Asset trading" steckt ein Kampf um die Verteilung der Verluste. Der Schweizerische Bankverein zum Beispiel hat sich auch schon einen selektiven Schuldenerlass überlegt, dies aber aus Rücksicht auf andere Banken, welche nicht über genügend Reserven verfügen, wieder verworfen. Der Wille (und die Notwendigkeit), das Engagement in den (hochverschuldeten) Trikontstaaten abzubauen, hat sich aber klar durchgesetzt. So hat z.B. der Schweizerische Bankverein seine Ausstände gegenüber den fünfzehn am meisten verschuldeten Länder (Baker-Plan Länder) seit Anfangs 1986 von 5,1 Mrd. auf 2,8 Mrd. Franken abgebaut. Da die Preise auf dem Sekundärmarkt inzwischen weiter gefallen sind, hat sich das „bezahlt gemacht" (Blum, Schweizerischer Bankverein).

2. Debt Conversion (Schuldumwandlung)

Das Prinzip ist bei allen Spielarten der „Debt Conversion" gleich. Die Bank verkauft die Schuldpapiere mit einem Abschlag an einen neuen Gläubiger. Sie trägt also den „Verlust" auf den Nominalwert. (Die Gewinne aus den Zinsen haben das meist schon lange wettgemacht!) Die Regierung des Schuldnerlandes kauft nun vom neuen Gläubiger diesen Schuldschein in Landeswährung zurück. Dabei wird der „Bankabschlag" aber im allgemeinen höchstens zu einem kleinen Teil weitergegeben. Die Schuldner-Regierung kann (theoretisch) ihre Bedingungen an die Verwendung des Geldes im Inland knüpfen. Das heisst also, dass das Geschäft nur möglich ist, wenn die Regierung des Schuldnerlandes ihre Einwilligung gibt. Die Bedingungen werden von Fall zu Fall ausgehandelt, einige Länder kennen aber bereits eine entsprechende Gesetzgebung (Chile, Mexico, Bolivien, Philippinen).

Heute werden u.a. folgende Schuldumwandlungen durchgeführt:

a) Debt for equity (Schulden gegen Aktienkapital)

Schuldscheine werden von einem Investor (Multi) bei einer Bank mit einem Abschlag von z.B. 50% gekauft. Diese Schuld wird nun vom Schuldner-

land zu z.B. 85% des Nominalwertes in Landeswährung ausbezahlt (I.a. zum offiziellen Wechselkurs). Der Investor kommt zu einer billigen Investition und profitiert so von der Verschuldung. Das Schuldnerland kann seine Schulden um den Nominalwert verringern und muss den Betrag nur in Landeswährung und nicht in Dollars „zurückzahlen". Die Zinslast in Hartwährung verkleinert sich durch den Abbau der Gesamtschuld.

b) Debt for free cash (Schulden für freie Devisen)

Hilfswerke können so z.B. einen Teil der Aussenschuld eines Trikontlandes bei einer Bank kaufen. Die Zentralbank dieses Landes zahlt dann dem Hilfswerk den entsprechenden Betrag in Landeswährung. (Der Abschlag kann vom Hilfswerk voll weitergegeben werden.) Der Bezug des Geldes im Projektland kann zeitlich gestaffelt erfolgen. Das Hilfswerk finanziert nun mit dem Geld seine geplanten Projekte.

Beispiel: Ein „Hilfswerk-Konsortium" kauft bei einer Bank einen brasilianischen Schuldschein mit dem Nominalwert von 1 Mio. Dollar. Es bezahlt der Bank aber nur 465'000 Dollar. Brasilien bezahlt nun dem Hilfswerk das Äquivalent von 465'000 Dollar in Landeswährung zum offiziellen Wechselkurs. Die Hilfswerke finanzieren jetzt mit diesem Geld ihre Projekte in Brasilien. Brasilien hat mit dieser Transaktion seine Auslandschuld aber um 1 Mio. Dollar abgebaut und muss in Zukunft diese Zinsen nicht mehr bezahlen.

Doch nicht nur humanitäre Organisationen sind das Zielpublikum für diese Art von Umtausch. Es soll mit diesem Instrument v.a. Fluchtkapital zurückgelockt werden. Es handelt sich hier um eine De-facto-Amnestie für die Kapitalflüchtlinge eines Schuldnerlandes. Diese erhalten mindestens ihr eingesetztes Fluchtkapital in Landeswährung ausbezahlt und können es legal im Lande anlegen. Bei einigen Schuldnerländern geht man davon aus, dass die Kapitalflucht die Höhe der Aussenverschuldung erreicht. So wird z.B. angenommen, dass das Privatvermögen des Diktators Mobutu die Höhe der Auslandschuld von Zaire erreicht! Und da die Schweiz ein bevorzugter Platz für Fluchtgeldanlagen ist, dürfte auch ein bedeutender Teil der zur Diskussion stehenden Ausstände der Schweizerbanken aus diesen Quellen stammen. Hier wird also das „Know-how" der Gnomen vom Paradeplatz dazu beitragen, den Schaden für diese Kapitalflüchtlinge in Grenzen zu halten, bzw. ihnen weitere Profitmöglichkeiten zu eröffnen.

Ein genügend grosser Abschlag auf dem Sekundärmarkt und ein „gutes" Investitionsklima im Heimatland sind die entscheidenden Faktoren für eine Rückkehr des Fluchtkapitals auf Basis der „Dept Conversion". Wenn der zu erwartende Profit in einem angemessenen Verhältnis zum Risiko steht, wird Fluchtkapital zurückfliessen. In Chile z.B. wurden bisher ca. 2 Mrd. Dollar repatriiert. In Mexico dagegen war die Rückkehrquote sehr gering.

c) Debt for export

Ein Trikontland beauftragt einen Handelspartner in einem Industrieland,

die Rechnung für gelieferte Exporte nicht in Dollar zu zahlen, sondern mit diesem Geld auf dem Sekundärmarkt Schuldscheine aufzukaufen. Der Exporterlös wird also zum Rückkauf von Schulden eingesetzt. Die Gesamtschuld nimmt ab (und damit natürlich die Zinslast), dafür erhält das Trikontland keine Devisen für dringend benötigte Importe.

d) Debt for aid (Schulden gegen staatliche Entwicklungshilfe)

Diese Art von Swaps ist nur in Ausnahmefällen möglich, da dieses Geschäft den Trikontländern indirekten Zugang zum Sekundärmarkt verschafft.

Ein Industriestaat oder eine multinationale Entwicklungsagentur kaufen (meist in einer konzertierten Aktion) mit ihren Entwicklungshilfegeldern bei einer Bank Schuldtitel eines Trikontlandes auf. Diese werden dem Land dann „geschenkt". Das geschieht meist mit der sog. Zahlungsbilanzhilfe. Das sind Gelder aus den Entwicklungshilfefonds von Industrieländern, welche als direkte Schenkung an die Trikontländer gehen.

Beispiel: „Der Fall Bolivien". Verschiedene Regierungen unterstützten einen Fonds von IWF und Weltbank, um Boliviens Schulden zu reduzieren. Geplant war der „Rückkauf" von 650 Mio. Dollar. Der IWF kaufte dann schliesslich auf dem Sekundärmarkt Bolivienschulden im Nominalwert von 350 Mio. Dollar und bezahlte dafür ca. 35 Mio. Dollar. Die Holländische Regierung (Fonds für Zahlungsbilanzhilfe) beauftragte im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit Bolivien die NMB-Bank mit dem Aufkauf von Schuldtiteln dieses Landes zu einem Preis von 11 Cents/Dollar.

Eine ähnliche Transaktion wurde von Holland mit Sambia durchgeführt. Solche Schuldenrückkäufe gibt es auch mit anderen Ländern, diese bleiben in der Regel aber geheim. Die Regierungen der Länder Skandinaviens und Hollands sind/waren offenbar auch in entsprechenden Verhandlungen mit Nicaragua.

Seit 1987 ist auch die Weltbank (u. teilweise auch die Regionalbanken) am Sekundärmarkt als Käufer aufgetreten (Multilateraler Aufkauf von Schuldentitel).

Diese Art von „Entschuldung" wurde von der NMB an einem speziell zu diesem Thema durchgeführten Seminar auch den Hilfswerken angeboten (Die Angaben über oben erwähnte Transaktionen stammen zum grossen Teil aus diesem Seminar).

e) Debt for special projects (Schulden für spezielle Projekte)

Hier geht es v.a. um den Kauf von Schuldpapieren durch Naturschutz- und Ökologie-Organisationen. Diese tauschen die bei Banken gekauften Schuldpapiere gegen ein Versprechen der Schuldnerregierung ein, als Gegenleistung z.B. einen Teil ihres Regenwaldes zu einem Naturschutzgebiet zu erklären. In den USA werden diese Transaktionen (z.T. durch dubiose „Umweltschutzorganisationen") stark gefördert! (Der WWF- Schweiz plant dazu

im Herbst dieses Jahres ein Symposium). Neben der Einbindung von breiten Kreisen der Bevölkerung in eine Kampagne für eine sog. sinnvolle „Entschuldung", bleibt das Projekt als solches höchst fragwürdig, da hier in paternalistisch-verlogener Art und Weise vorgegeben wird, etwas für die Erhaltung der Tropenwälder zu tun, statt die für die Abholzung verantwortlichen Multis hier im Norden zu stoppen.

3. Technische Abwicklung

Die Abwicklung des ganzen Geschäfts läuft via Zentralbank des Schuldnerlandes. Der neue Gläubiger lässt sich i.a. von einer auf solche Geschäfte spezialisierten Bank (z.B. NMB) vertreten, welche mit den Regierungen bzw. den zuständigen Nationalbanken die komplizierten Verhandlungen führt. Das ganze Verfahren dauert einige Wochen bis Monate. Die Mindestsumme beträgt bei Ländern mit einer entsprechenden Gesetzgebung (siehe oben) ca. 0,5 Mio. Dollar, bei allen anderen 2-3 Mio. Dollar. Die Auszahlung in Landeswährung kann auch gestaffelt erfolgen (Neutralisieren der Inflation!). In den meisten Fällen ist Herkunft und Bestimmung eines Einzel-Kredits bekannt. Bei Kreditpaketen aber ist es meist unmöglich, Herkunft und Verwendung anzugeben. Die NMB lehnt nach eigenen Angaben Geschäfte mit Waffen- und Südafrika-Krediten aus ethischen Gründen grundsätzlich ab...

4. Kritik am „Asset trading"

„Debt Conversions" werden auch von Banken nur als ein Mittel unter anderen zur Lösung der „Schuldenkrise" bezeichnet. Es ist klar, dass die Banken niemals ihre gesamten Ausstände im Trikont via Debt Swaps loswerden können. Es ist für sie aber eine Möglichkeit, marktkonform, also innerhalb des Systems, einen Teil ihrer Schulden loszuwerden. Sie bieten so politisch eine „Alternative" zur Forderung nach einer bedingungslosen Streichung der Schulden, welche klar ausserhalb der kapitalistischen Spielregeln liegt. Hier treffen sich die Interessen der Banken mit denen gewisser „linker" Kreise, welche neuerdings mit der „kreativen Entschuldung" eine „echte Lösung" für das sogenannte Schuldenproblem gefunden zu haben glauben. Dabei ergänzen sich die Interessen der beteiligten „Akteure" auf eine Weise, die (nicht als bewusste Strategie, wohl aber als Resultat) eine unheilige Allianz zur Unterstützung des kapitalistischen Krisenmanagement darstellt.

Für die kommerziellen Swaps kommen im allgemeinen sowieso nur die Schwellenländer in Frage. Die Multis „entlasten" hier mit den „debt for equity swaps" die Banken und nützen die Notlage der Trikontstaaten aus, um auf eine für sie vorteilhafte Art und Weise ihr Tochterfirmennetz in diesen Ländern aus- bzw. aufzubauen. Meistens geschieht dies über Aufkauf von bestehenden (oft reprivatisierten) Firmen und nicht durch Neugründungen. Damit wird der Zusammenhang zwischen der finanzpolitischen und der

real-ökonomischen Beherrschung, welcher lange bestritten wurde, wieder offensichtlich. Die Abhängigkeit dieser für den kapitalistischen Norden wichtigen Trikontländer bleibt erhalten. Das wiederum ist die Voraussetzung für einen Wiederaufschwung der Exporte in diese Schwellenländer. Diese waren wegen des fehlenden Vertrauens in die Zahlungsfähigkeit dieser Länder als Folge der Verschuldung stark rückläufig.

An den ärmsten Ländern (v.a. in Afrika) haben die Multis derzeit kein grosses Interesse. Für Swaps mit diesen Ländern konnten aber staatliche und private Institutionen (z.B. Hilfswerke) gewonnen werden. Diese steigen jetzt nach und nach mit dem an sich berechtigten Argument in das Geschäft ein, dass die armen Bevölkerungsschichten, welche bisher unter den Folgen der Verschuldung am meisten gelitten haben, nun über die sog. Gegenwerts-Fonds profitieren sollen (Siehe „Projekt Entschuldung" von Fastenopfer und „Brot für Brüder" im Beitrag von A. Gugler).

Im einzelnen soll hier weiter auf folgende Probleme hingewiesen werden:

a) Das Auslandkapital übernimmt die rentablen Industriebetriebe

Als Folge der „Debt Conversions" kommt es v.a in den Schwellenländern zu verstärkten Auslandsinvestitionen. Bei einem zunehmenden Engagement von ausländischen Investoren besteht die Gefahr, dass die nationale Wirtschaft zu einem immer grösseren Teil vom Auslandkapital kontrolliert wird (Reprivatisierungs-Druck!). Ein Trikontland kann grundsätzlich per Gesetz den Anteil des Auslandkapitals beschränken (Joint-Ventures Gesetze). Diese Gesetze schützen das Land oft aber nur unzureichend (inländische Strohmänner, versteckte Gewinntransfers, etc.).Mit dieser Art von „Umschuldung" erhalten die Multis die Möglichkeit, ihre Imperien in den Schwellenländern aus- bzw. aufzubauen. Dieser „Ausverkauf" der nationalen Ressourcen bringt für die Masse der Bevölkerung sicher nur Nachteile. Profitieren werden v.a. die Multis und z.T. die einheimischen Eliten.

b) Gefahr einer steigenden Inflation

Da die „Rückzahlung" ja nicht in Hartwährungen sondern in Landeswährung geschieht, ist die Verlockung für die Schuldnerregierungen gross, die ganze Transaktion über die Notenpresse zu finanziert. Damit wird natürlich besonders in kleinen Ländern bzw. bei grösseren Rückkaufsummen ein Inflationsschub ausgelöst. Beim heutigen Ausmass der „Debt Conversions" ist das i.a. noch kein grosses Problem, es könnte aber bei einem Ausbau dieser Transaktionen gravierende negative Folgen haben.

c) Finanzierung von NGO-Projekten via Debt Conversion

Eine Beurteilung aus entwicklungspolitischer Sicht ist nur von Fall zu Fall möglich. Entscheidend sind die wirtschafts- und machtpolitischen Verhältnisse im entsprechenden Land gegenüber dem internationalen Wirtschafts-

system, aber auch gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Aufs Ganze gesehen bedeutet der Einstieg der Nicht- Gouvernementalen Organisationen (NGO) ins Swap-Geschäft wohl eher eine Unterstützung für die Banken und die herrschenden Eliten im Trikont, als für die Bevölkerung dieser Länder. Denn solange die ungerechten Strukturen des Weltmarkts und die Unterdrückung in den einzelnen Ländern fortbestehen, bedeuten alle „Entschuldungsmassnahmen" letztlich nichts anderes als eine Festigung der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse.

d) Rückführung von Kapitalflucht-Geldern

Das „Anreiz-Programm" für die Rückkehr von Kapitalfluchtgeldern wird in Chile ziemlich „erfolgreich" durchgeführt (bis heute über 2 Mrd. Dollar). Mit diesen Programmen werden die „Kapitalflüchtlinge" amnestiert, ja mehr noch, es wird ihnen gestattet, doppelte Profite zu realisieren — als Anlage im Ausland (z.T. als Bankkredite wieder in die Trikontländer zurückgeflossen) und als Gewinn beim Rücktransfer. Die Aussicht, später zu besseren Bedingungen über diese Debt Conversions Geld wieder im eigenen Land anzulegen, kann aber unter Umständen die Kapitalflucht noch fördern.

Ein Vergleich Chile-Mexico zeigt auf jeden Fall deutlich, dass die Rückführung von Kapitalfluchtgeld nur „funktioniert", wenn die Profitbedingungen im Land „optimal" sind. In der Diktatur Pinochets scheint dies offensichtlich der Fall zu sein...

Diese Rückschleusung von Fluchtkapital bedeutet im weiteren nichts anderes, als die Einführung eines „Veredelungsprogramms" in der Geldwäscherei.

e) Öffentliche Entwicklungshilfe zum Rückkauf von Schulden?

Das Beispiel von Holland und Skandinavien könnte Schule machen. Damit werden einerseits für gewisse Länder die Zins- und Amortisationszahlungen verringert, andererseits würde so die „Schuldenbombe" mindestens teilweise entschärft. Die Banken können auf diese Art ihre Gläubigerpositionen abbauen, ohne juristisch eine Streichung der Schulden akzeptieren zu müssen.

Da das Schuldnerland über die Transaktion entscheidet, kann es grundsätzlich auch über die Art der „Investition" bestimmen. Die Kernfrage ist letztlich aber sicher der (finanz-) politische Handlungsspielraum der Schuldnerregierung. Es gibt für die Industrieländer genügend Druckmöglichkeiten, ein Trikontland zur Einwilligung in eine „Debt Conversion" zu zwingen, auch wenn diese mit allen erdenklichen Bedingungen verknüpft ist. Diese Gefahr ist bei öffentlicher Entwicklungshilfe nicht zu unterschätzen, spielen da doch die „wirtschaftspolitischen Überlegungen" der Industrieländer bekanntlich eine beachtliche Rolle.

Mit den „Debt Conversions" haben die Bankers sicher nicht das Ei des Kolumbus entdeckt. Allein das Ausmass der Schulden der Trikontstaaten ist

im Verhältnis zu den möglichen Anlagen im Produktivsektor dieser Länder viel zu gross. So erreichen die total geswapten Kredite (inkl. Interbanken-Swaps) 1987 nicht einmal 5% der Gesamtausstände der Banken im Trikont. Durch die internen Rückstellungen (welche am Sekundärmarkt ihren Ausdruck finden) erreichen die Banken aber eine indirekte Erhöhung des Zinssatzes für ihr Risikokapital, da die Zinsen ja immer noch auf den Nominalwert eingetrieben werden. Für die Banken mit genügend Rückstellungen und entsprechend hohen Wertberichtigungen ergibt das zusätzliche Profite. Es gibt aber immer noch Banken, deren Rückstellungen noch nicht genügend hoch sind, um die Wertberichtigungen auf das vom Sekundärmarkt bestimmte Niveau durchzuführen. Aus Angst vor allfälligen Zusammenbrüchen dieser exponierten Institute und den daraus entstehenden Folgen für das internationale Finanzsystem, sträubt sich die ganze Bankenwelt immer noch gegen die Realisierung eines „Entschuldungsfonds" auf internationaler Ebene. Dieser Fonds, der v.a. von einigen Trikont- Regierungen und der Sozialistischen Internationalen gefordert wird, sollte der Weltbank oder dem IWF angegliedert werden und die privaten und staatlichen Schuldtitel zu Sekundärmarktpreisen aufkaufen. Die Regierungen der Trikontstaaten sollten dann ihre Schulden bei diesem Fonds zurückkaufen können. Damit wäre die Verbannung der Schuldnerländer vom Sekundärmarkt aufgehoben. Da ein Ausstieg aus der „Schuldenfalle" auch im Interessen der Banken liegt, ist es vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis auch sie ein solches „Entschuldungsmodell" akzeptieren werden. Ob die Regierungen der Trikontländer dannzumal in der Lage sein werden, ihre (zum heutigen Zeitpunkt auf 40-50%) wertberichtigten Schuldscheine zurückzukaufen – das würde immer noch 500 oder mehr Milliarden Dollar ausmachen –, ist allerdings eine andere Frage...



die entwicklungspolitische Zeitschrift der Schweiz

"Mosquito" durchleuchtet die Entwicklungsszene Schweiz, z.B. die 'Kommerz mit Herz'-Methode von Hilfswerken, wie die Exportrisikogarantie den Schweizer Bankiers Rükkehrhilfen bietet.

"Mosquito" analysiert aktuelle Entwicklungen wie z.B. die Banken-Strategie gegenüber den überschuldeten Ländern, die Hintergründe der Auseinandersetzungen im südlichen Afrika, die Entwicklung in den Maghreb-Staaten.

Bestellungen (Abonnement Fr. 35.--) an: **Mosquito, Postfach, 3001 Bern**